

(Vizepräsident Lipinski.)

(A) Mensch ist von Pirna mit Waffen nach Dresden marschiert. Wir haben am Dienstag beschlossen, nach Pirna zu gehen, um mit dem A.- und S.-Rat in Pirna zu verhandeln, weil die Pirnaer im Verdacht standen, daß sie die Nationalwahl verhindern wollten.

Der Herr Minister Schwarz war es, der in der Gesamtsitzung den Antrag stellte, darüber abzustimmen, welche Erklärungen wir im Arbeiter- und Soldatenrat in Pirna abgeben sollten. Es ist einstimmig beschlossen worden, wenn der A.- und S.-Rat von einer Verhinderung der Nationalwahl absieht, sollten Schwarz und ich uns mit unserer Person für die Freilassung Kühles einsetzen. Wir gingen nach Pirna. In Pirna wurde uns von Polizeibeamten gesagt: Fahrt nicht nach Mügeln, Ihr werdet verhaftet! Wir sind nach Mügeln gefahren. Es stellte sich heraus, daß am Tage vorher ein Inserat des Arbeiterrates veröffentlicht worden war, daß alle Gerüchte, daß er die Wahl verhindern wolle, Unsinn seien. Aber Herr Reuring, der von dem Herrn Minister Schwarz unterrichtet war, daß wir nach Pirna gehen, um zu verhandeln, hat in der Nacht Soldaten ausgesandt, um den Vorsitzenden des A.- und S.-Rats in Pirna, Kimmich, zu verhaften.

(Zuruf: So eine Schweinerei! — Heiterkeit.)

(B) Das war auch eine ersten Ranges.

Als wir von Pirna zurückkamen und verlangten, daß, nachdem die Pirnaer die Vorbedingungen für die Entlassung Kühles erfüllt hatten, Kühle freigelassen werden sollte, hat der Herr Minister Dr. Gradnauer sich dahinter versteckt, daß er in ein schwebendes Rechtsverfahren nicht eingreifen dürfe. Er hat sich von einem Geheimrate instruieren lassen, wie man sich in solchem Falle zu verhalten hat. Nein, in politischen Fragen verhält man sich so, daß man darüber entscheidet, was politisch notwendig ist. Politisch war notwendig, nachdem der Beschluß des Gesamtministeriums vorlag, daß Kühle freigelassen wurde. Anstatt mit uns zu verhandeln, sind die drei Minister nach dem Ständehause gegangen und haben mit dem Volkzugsrat des Landesrates beraten, und der hat die Haltung der drei gebilligt. Da mußten sie eigentlich gehen. Da aber gebilligt wurde, daß die persönliche Sicherheit und das Versammlungsrecht für eine Partei in Frage gestellt bleiben würde, also die demokratischen Grundrechte verletzt blieben, war unseres Bleibens im Ministerium nicht mehr!

Nach diesen Vorgängen werden Sie ermessen können, daß wir dem Angebote, wieder in das Ministerium einzutreten, mit einer etwas größeren Vorsicht begegnet sind. Wir haben klare Forderungen formuliert, die nicht ebenso

klar und bündig beantwortet worden sind. Es ist uns (C) der Vorwurf gemacht worden, daß wir die Entscheidung verzögert haben. Die Verzögerung ist eingetreten, aber auf den Umstand zurückzuführen, daß ich und einige andere Fraktionskollegen einige Tage in Berlin festgehalten waren und durch die Verkehrsstörungen in Leipzig ein Teil unserer Abgeordneten nicht an der Fraktions-sitzung teilnehmen konnte. Einen solchen entscheidenden Beschluß wollten wir in der Gesamtfraktion fassen. Deshalb ist die erste Gelegenheit, wo die Fraktion beieinander war, benutzt worden, die Erklärung abzugeben. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß uns die Haltung der Regierung und der sozialdemokratischen Partei zu unklar ist, um uns an die Regierung zu binden, denn bei der Unklarheit wären die Differenzen entstanden die in kurzer Zeit wieder zum Austritte aus dem Ministerium geführt hätten.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf eins hinweisen. Es ist behauptet worden, in unserer Fraktion haben zwei Strömungen bestanden, die eine habe die Neigung gehabt, in das Ministerium einzutreten, die andere nicht. Ich will vor der Öffentlichkeit feststellen, daß unser Beschluß einstimmig gefaßt worden ist und daß die gegenteiligen Behauptungen nichts als Fäseleien sind.

(Abg. Günther [Blauen]: Sie sollen getrennt gestimmt haben!) (D) Nein, wir haben einstimmig beschlossen.

Dann komme ich kurz auf die Berliner Vorgänge zurück, weil sie beweisen, daß der Einfluß der Bürgerlichen in der Reichsregierung ein außerordentlich großer ist und die Reichsregierung sich durch das Bürgertum hat auf Wege drängen lassen, auf die ein Sozialdemokrat nicht gehen darf. Um jedem Einwande von vornherein die Spitze zu nehmen, will ich feststellen, daß wir auf die Frage der sozialdemokratischen Fraktion, ob wir einer gewaltsamen Störung der revolutionären Errungenschaften auch mit Gewalt begegnen wollen, erklärt haben, daß wir einer solchen Störung auch mit Gewalt begegnen wollen. Wir erkennen also an, daß eine gewisse Ordnung aufrechterhalten werden muß, und daß Eingriffe in die Ordnung abgewehrt werden müssen. Aber etwas ganz anderes ist es, ob ich mich mit dem Bürgertum verbinde, um ein weiße Garde zur Niederknüpfung der Sozialdemokratie zu schaffen, daß man bloß deshalb die Leute erschießt, weil in ihrer Wohnung das Mitgliedsbuch der Unabhängigen Partei gefunden worden ist. Wie geschwindelt und gelogen worden ist,

(Abg. Günther [Blauen]: Das wissen Sie am besten!) das ist amtlich festgestellt worden.